

hessenschau

Innenminister kritisiert langes AfD-Verfahren

Verfassungsschutz registriert viel mehr rechtsextreme Straftaten

Weniger Extremisten, aber mehr Straftaten vor allem von rechts: Laut Hessens Verfassungsschutz steigt der Druck auf die Demokratie weiter. Die AfD kommt im neuen Bericht der Behörde nicht vor - für CDU-Innenminister Poseck Anlass zu einer ungewöhnlichen Richterschele.



Von [Wolfgang Türk](#)


Stand: 08.09.25, 13:50 Uhr



Rechtsextreme bei Demonstration (Archivbild). Bild © picture-alliance/dpa

Als er vor genau zwölf Monaten den Verfassungsschutzbericht für 2023 vorlegte, warnte Hessens Innenminister Roman Poseck: Der Druck durch die Feinde der Demokratie sei gestiegen. Seitdem hat sich die Lage nach

Ansicht des CDU-Politikers und des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) noch verschärft.

"Wir müssen heute feststellen, dass diese Bedrohungen im vergangenen Jahr weiter zugenommen haben", sagte Poseck am Montag in Wiesbaden. Dort legte er gemeinsam mit LfV-Präsident Bernd Neumann unter der Überschrift "Kein Raum für Extremismus" den 199 Seiten umfassenden [Bericht für 2024](#)  vor.

Die Zahl der Menschen in Hessen, welche der Verfassungsschutz für Extremisten hält, ist zwar leicht um 205 auf 12.905 gesunken. Gleichzeitig aber stieg die Zahl von ideologisch motivierten Straf- und Gewalttaten um 34 Prozent auf 2.527. Für Poseck ein eindeutiges Signal: "Polarisierung und Aggressivität haben weiter zugenommen."

Rechtsextremismus bleibt größte Gefahr

Die unsicheren Zeiten, in denen wir lebten, bezeichnete Poseck als Ausgangslage für diese Entwicklung. "Dabei bleibt der Rechtsextremismus nach wie vor die größte Gefahr für unsere Demokratie", betonte er.

Der seit zehn Jahren beobachtete Aufwuchs des rechtsextremen Personals hat sich dem Bericht zufolge fortgesetzt, wenn auch nur leicht. Die Gruppe vergrößerte sich um 15 auf 1.790 Personen. Mehr als die Hälfte von ihnen werden als gewaltbereit eingestuft.

Die Zahl der Rechtsextremen zugeschriebenen Straf- und Gewalttaten nahm enorm zu: Sie stieg binnen eines Jahres von 1.445 auf 1.997, also um 38 Prozent. Das heißt auch: Vier von fünf als extremistisch eingestuften Taten werden von Rechten begangen. Von den 74 Gewalttaten wurden der Statistik zufolge 52 dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet.

Poseck nannte das eine "höchst alarmierende Entwicklung". Er gab zu bedenken, die Übergänge zwischen Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus und Rechtspopulismus seien fließend. Das reiche bis in die Parlamente.

AfD-Eilverfahren läuft seit Jahren

In dem Zusammenhang übte der Minister Kritik am Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) im Kassel, weil jener noch immer nicht in einem Verfahren über die Einstufung des AfD-Landesverbands entschieden habe.

Hintergrund: Der Verfassungsschutz hatte die AfD in Hessen als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft und öffentlich angekündigt, sie zu überwachen. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden entscheidet 2023: Die Einstufung war rechtens, aber die öffentliche Bekanntgabe der Beobachtung war es nicht.

Gegen diese Einstufung zog die AfD vor den VGH. Das Land wiederum wehrt sich dagegen, dass dem Landesamt für Verfassungsschutz vorläufig gerichtlich untersagt worden war, über die Einstufung zu berichten.

Minister spricht von "Maulkorb"

"Ich finde ein Eilverfahren rund um die Einstufung der AfD, das drei Jahre dauert, zu lang", sagte Poseck, der selbst früher Richter und Präsident des Hessischen Staatsgerichtshofes war. Er fügte hinzu: "In so fundamentalen Fragen unserer Demokratie müssen wir schneller zur rechtlichen Klarheit kommen."

Das Land habe einen "Maulkorb" erhalten, dem Verfassungsschutz seien "Fesseln angelegt". Deshalb tauche die AfD im jetzt vorgelegten Bericht des LfV auch nicht auf.

VGH verteidigt sich

Mit einer zeitnahen Entscheidung der Kasseler Richter rechne er nicht, sagte Poseck. Eine Anfrage bei Gericht nach dem Sachstand habe nicht zu Zuversicht geführt. Auf hr-Nachfrage teilte der VGH allerdings am Montag mit: In den drei Verfahren, die dort wegen der AfD-Einstufung als Verdachtsfall anhängig seien, beabsichtige der zuständige 8. Senat im Laufe des Monats September zu entscheiden.

Dazu, warum es sich so lange hinzieht, heißt es: "Die Dauer eines Verfahrens hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab, wie zum Beispiel der Komplexität in tatsächlicher und rechtlicher Art, der Belastung des jeweiligen Senates sowie dem Umfang des Beteiligtenvorbringens."

Inzwischen ist die Debatte über die AfD allerdings längst weiter: Der Bundesverfassungsschutz hat die Partei in einem Gutachten nicht nur als Verdachtsfall bewertet, sondern insgesamt als "gesichert rechtsextrem". Das würde dem Nachrichtendienst umfängliche Möglichkeiten zur Überwachung geben. Während die AfD dagegen klagt, läuft die Debatte über ein mögliches Verbot der Partei.

Die Linke und Israel

Erstarkt sei aber auch der Linksextremismus, betonte Poseck. Die Zahl der Personen, die diesem Feld zugerechnet werden, blieb mit 2.600 gegenüber dem Vorjahr stabil. Sie wuchs damit seit 2020 allerdings um gut 25 Prozent.

Auch die Zahl der Straf- und Gewalttaten aus der linken Szene nahm zu. 155 Fälle bedeuten ein Plus von zwölf Prozent. Meistens ging es um Sachbeschädigung.

Nicht zuletzt seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigten sich der Israel-Hass und Antisemitismus von links, sagte Poseck. Besonders besorgniserregend seien aktuell die Verbindungen von Teilen der linksextremistischen Szene mit extremen Teilen der pro-palästinensischen Szene.

Der Minister warnte auch vor dem Islamismus, der eine Gefahr bleibe. Wie 2023 werden 3.890 Menschen zu den islamistischen Extremisten gezählt. Die Zahl der registrierten Straftaten sank allerdings deutlich von 89 auf 57. Darunter war eine einzige Gewalttat. Meist ging es um Volksverhetzung, Beleidigungen oder verbotene Propaganda.

Angriffe von vielen Seiten

"Das gab es so in dieser Kumulation noch nie." So bewertete Verfassungsschutz-Präsident Neumann die Lage. Die freie Gesellschaft sei noch nie von so vielen Seiten gleichzeitig so stark unter Druck gewesen.

Die Bandbreite seiner Aufzählung reichte von umsturzbereiten rechtsextremen Netzwerken wie den Reichsbürgern über Linksextremisten und Islamisten bis zu ausländischen Nachrichtendiensten. "Wir erleben Desinformation, Spionage und Sabotage, insbesondere von Russland ausgehend", sagte Innenminister Poseck.

Mehr Befugnisse für Nachrichtendienst geplant

Keine der Gefahren dürfe vernachlässigt werden. Deshalb setze die Landesregierung auf starke Sicherheitsbehörden. Der CDU-Politiker wies auf die von ihm beabsichtigte Änderung des Verfassungsschutzgesetzes hin. Es soll die Möglichkeiten der Behörde vergrößern.

Geplant ist unter anderem, Online-Durchsuchungen zu erlauben. Außerdem sollen Daten von Minderjährigen länger als bisher gespeichert werden dürfen. Poseck sagte, das Gesetz solle möglichst bis Ende November in Kraft treten. Im Landtag wurde es bereits in einer ersten Lesung diskutiert.

Prävention an Schulen

Auf die steigende Bedeutung, die der Prävention zukomme, verwies Verfassungsschutz-Präsident Neumann. "Es waren so viele wie noch nie", sagte er zur Zahl der Maßnahmen und Veranstaltungen im vergangenen Jahr. Vor allem an Schulen würden sie angeboten.

Denn über die Sozialen Medien wie TikTok als "Startrampen für Radikalisierung" köderten Extremisten junge Menschen. Das gelte vor allem für Rechtsextreme und Islamisten. Das Angebot digitaler Propagandaformate sei professionell und stark auf die Zielgruppe zugeschnitten. In Internetforen oder auch Gaming-Plattformen würden

jungen Menschen die extremistischen Motive der Betreiber anfangs oft gar nicht klar.

Immer häufiger beobachtet der Verfassungsschutz demnach "Turboradikalisierungen". Islamistisch-salafistische Prediger erreichten über Tiktok Millionen - und zwar nicht über Gewaltvideos, sondern durch scheinbar harmlose Fragen und Ratschläge.

Sendung: hr-fernsehen, hessenschau, 08.09.25, 19:30 Uhr

Quelle: hessenschau.de

Veröffentlicht am 08.09.25 um 13:20 Uhr

📌 Islamismus

📌 Kriminalität

📌 Linksextremismus

📌 Rechtsextremismus

📌 Verfassungsschutz